

## **Antrag**

### **der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP**

#### **Menschenrechte und Demokratie in Birma durchsetzen**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die gewaltsame Niederschlagung der friedlichen Protestbewegung in Birma durch das dortige Militärregime hat auf der ganzen Welt Abscheu und Empörung hervorgerufen. Besonders schockierend ist dabei, dass religiöse Würdenträger die Hauptleidtragenden der Repressionen durch Militär und Polizei sind, was in dieser Form ein einmaliger Vorgang ist. In zunehmendem Maße sind auch Zivilisten und andere friedliche Demonstranten von den gewaltsamen Übergriffen und den nächtlichen Säuberungsaktionen von Militär und Polizei betroffen. Das Regime reagiert weiterhin mit einer umfassenden Ausgangs- und Nachrichtensperre auf die Proteste und missachtet dabei massiv das Recht auf Pressefreiheit in- und ausländischer Journalisten und lässt nichts unversucht, alle Informationskanäle ins Ausland zu kappen.

Der Deutsche Bundestag schließt sich den internationalen Protesten und insbesondere der Resolution S-5/1 des UN-Menschenrechtsrats an und verurteilt die Gewalt gegen Demonstranten und andere Gegner der Militärführung auf das Schärfste. Er fordert insbesondere die Freilassung der Wahlsiegerin von 1990 und Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi sowie aller politischen Gefangenen.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung bei ihren Bemühungen, auf europäischer und internationaler Ebene eine angemessene Reaktion ausschließlich gegen das Militärregime auf die Vorgänge in Birma zu erreichen.

Der Deutsche Bundestag fordert insbesondere die Nachbarstaaten China und Indien sowie die ASEAN Staatengemeinschaft auf, ihren Einfluss auf die Militärregierung Myanmars nachhaltiger zu nutzen, um auf eine friedliche Lösung des jahrzehntelangen Konfliktes mit den Oppositionellen zu drängen und der geschundenen birmanischen Bevölkerung endlich eine Entwicklungsperspektive zu geben.

Gleichzeitig muss sich die Europäische Union auch weiterhin ihrer Rolle beim Schutz der Zivilbevölkerung bewusst sein und in Zusammenarbeit mit unseren internationalen und regionalen Partnern Schritte zur Beilegung des Konflikts unternehmen. In diesem Zusammenhang sind Maßnahmen erforderlich, die die nun seit Generationen bestehende Entwicklungsblockade abmildern und die die humanitäre Not lindern.

Dem Militärregime ist zu verdeutlichen, dass ein weiteres gewaltsames, militärisches Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung nicht akzeptabel ist.

Berlin, den 10. Oktober 2007

**Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion**  
**Dr. Peter Struck und Fraktion**  
**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**

